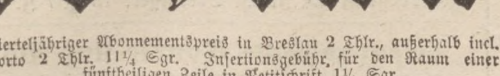
Breslauer  Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11¼ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1¼ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.



Nr. 342. Mittag-Ausgabe. Verlag von Eduard Trewendt. **Freitag, den 25. Juli 1862.**

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Turin, 23. Juli. Die von den Journalen gebrachte Nachricht, daß mehrere Tausend junger Leute nach Genua abgegangen seien, um sich daselbst nach Palermo einzuschiffen, bedarf der Bestätigung.

London, 24. Juli. Mit dem Dampfer „City of Baltimore" eingetroffene Nachrichten aus Veracruz vom 2. Juni melden, daß die Franzosen ein beträchtliches Corps Mexikaner bei Gerro de Borgo überfallen und geschlagen haben. Am 14. Mai waren die Mexikaner zurückgekehrt, hatten die Franzosen am 15. angegriffen, aber kein Resultat erzielt. Französische für Orizaba bestimmte Transporte sind mit ihrer Escorte in die Hände der Mexikaner gefallen. Die Franzosen haben in Orizaba nur wenig Proviant.

London, 24. Juli. Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus New-York vom 12. d. M. wurde am 10. am Jamesflusse eine Kanonade gehört. Zahlreiche Guerillasbanden der Conföderirten zeigen sich in Kentucky. Die Municipalitäten der bedeutenden Städte bieten für Rekruten Zulageprämien zu den Prämien der Regierung. Für Brodtpreise ist ein Maximum festgesetzt. Der Senat hat den Präsidenten Lincoln autorisirt, Neger als Arbeiter für den Militärdienst aufzunehmen.

Die Journale von Richmond erachten die neue Stellung Mac Clellans als eine für ihn vortheilhaftere.

Triest, 24. Juli. Prinz Peter von Oldenburg ist hierselbst eingetroffen.

Belgrad, 24. Juli. Dem heute abgehaltenen Requiem zum Gedächtniß für die im Juni gefallenen Serben wohnte der Fürst von Serbien bei.

Gestern ist hierselbst eine Depesche seitens der zu Konstantinopel tagenden Conferenz an die Vertreter der Mächte eingetroffen, welche besagt, der Fürst von Serbien möge Vorsorge treffen, daß während der Dauer der Conferenzen die Rechte und das Gebiet der Türken nicht verletzt werden, da auch die Pforte eine gleiche Erklärung bezüglich des serbischen Eigenthums abgegeben habe. Der Fürst hat bei dem darauf stattgehabten Empfange der Vertreter der Mächte erklärt, Serbien vermeide bereits seit der Einstellung der Feindseligkeiten jeden Conflict. Nach der nunmehr erfolgten Erklärung der Pforte werde dies um so mehr geschehen.

Preußen.

Landtags-Verhandlungen.

26. Sitzung des Hauses der Abgeordneten (24. Juli).

Präs. Grabow eröffnet die Sitzung um 9¼ Uhr vor sehr spärlich besetzten Bänken. Am Ministertisch Niemand, dann die drei Reg.-Commissarien, Geh. Räthe Philippsborn, Delbrück und Pommer-Esche, später Minister v. d. Heydt.

Man geht in der allgemeinen Debatte über den Handelsvertrag weiter. — Abg. Lette (vom Platz, sehr unverständlich) erörtert die wegen der Steinkohlenausfuhr gegen den Vertrag erhobenen Bedenken. Die französische Kriegsmarine bedürfe keiner deutschen Steinkohlen. — Abg. v. Vincke regt die gestern berührte Frage wieder an, ob Preußen an den Vertrag gebunden sei, trotz des Nichtzutritts der andern Zollvereinsstaaten. Der Vertrag werde allerdings erst perfect durch die Unterzeichnung sämmtlicher, aber das schließe nicht aus, daß man die Wirksamkeit desselben bis zum Ablauf der Zollvereinsverträge für nur suspendirt erkläre, von da an aber Preußen als verpflichtet anerkenne, das würde der kräftigste Sporn für die anderen Zollvereinsstaaten sein, darauf hätte ja auch die Stelle in der dankbar anzuerkennenden Note an das wiener Cabinet vom 2. d. M. gezielt, welche von Verpflichtungen sprach, die die preußische Regierung bänden. Er wünsche also sehr, und zwar im Gegensatze zu der Ansicht des Abgeordneten für Beckum und seiner wenigen Gesinnungsgenossen, daß die Regierung durch eine bestimmte Erklärung die große Mehrheit dieses Hauses darüber beruhige, daß man nicht weiter in den Rücksichten für Oesterreich oder die ihm anhängenden Zollvereinsregierungen gehen werde, als es mit den Landesinteressen Preußens verträglich ist (Bravo). — Abg. Overweg, der zum Wort notirt ist, ist noch nicht anwesend.

Abg. Dr. Becker: Die vorgetragenen Bedenken könnten nicht hinreichen, den Vertrag zurückzuweisen, denn der Zollvereinsvertrag käme so, wie er bis jetzt gewesen, nicht wieder zu Stande. Wenn nach seinem Ablaufen die Wünsche der Regierung und der Majorität der Landesvertretung in beiden Häusern bei einem Vertrage oder Tarife maßgebend seien, so würde er viel freihändlerischer ausfallen, als der vorliegende; denn der größte Theil des Staates sei freihändlerisch aus Interesse. Wollte man den Handelsvertrag zurückweisen, so würde es uns gehen, wie dem römischen Könige mit den sybillinischen Büchern; die immer theurer wurden und die er schließlich doch kaufen mußte; es sei deshalb nothwendig, daß man sich jetzt, wo es noch am wohlfeilsten gehe, mit der Zukunft abfinde. Die weiteren Bemerkungen behalte er sich für die Special-Debatte vor.

Abg. Schulze (Berlin): Die Herren vom Centrum, welche gegen den Vertrag sind, haben eine größere Anzahl von Rednern auf die Tribüne gesendet, als das Verhältniß ihrer Zahl entspricht, und das könnte vielleicht im Auslande zu einer irrigen Meinung Veranlassung geben. Ich bitte deshalb, den Vertrag möglichst einstimmig und unbedingt anzunehmen unter Ablehnung der beantragten Resolution. Die Herren Antragsteller mögen dies im eigenen Interesse thun, im Interesse der Erwägungen, welche diese Resolution zur Sprache gebracht, denn im Interesse z. B. der Eisenbahnpolitik und anderer wesentlichen Fragen ist es nicht möglich, wenn dieselbe so beiläufig bei Gelegenheit der Debatte über den Handelsvertrag erörtert werden; dieselben erfordern vielmehr eine gründliche und eingehende Behandlung, die ihnen jetzt unmöglich zu Theil werden kann. Auch denjenigen, die sich für die Erhaltung des Zollvereins interessiren, empfehle ich die unbedingte Annahme des Handelsvertrages. Der Bruch mit dem Zollverein wird doch offenbar nicht besser vermieden, als wenn die Regierung in dieser Sache ganz entschieden auftritt, so daß die Gegner unserer Handelspolitik sofort wissen, was sie zu erwarten haben.

Deshalb aber dürfen hier Resolutionen nicht beschlossen werden, die Bedenklichkeiten und Erwägungen einen Ausdruck verleihen, und in den andern Regierungen den Glauben erwecken könnten, als ob die Volksvertretung in dieser Frage nicht ganz unbedingt der Regierung zur Seite stehe. Die Umstände aber erheischen es gebieterisch, daß Regierung und Volksvertretung in dieser Frage von vornherein eine klare, feste und entschiedene Position einnehmen. Eine Erwägung, die ich indessen nicht in eine Resolution fassen will, möchte ich denn doch der Regiernng ernstlich zu Gemüthe führen. Die Handelsfreiheit hat zu ihrer nothwendigen Voraussetzung die vorherige Einführung der Freiheit der Arbeit, der Gewerbefreiheit. (Bravo.) Die Concurrenzfähigkeit mit dem Auslande ist das Princip des Vertrages; es ist aber allerdings bedenklich, bevor nicht die einheimische Industrie und Arbeit von allen lähmenden Fesseln befreit ist, sie auf den großen Weltmarkt zu führen. Ich gebe daher der Regierung zur ernstlichsten Erwägung anheim, ob es nicht jetzt an der Zeit sein dürfte, die Erfüllung der von diesem Hause früher beschlossenen Resolutionen für die Gewerbefreiheit in Aussicht zu nehmen, um so mehr, als ja das Bestreben, aus dieser Frage politisches Kapital zu machen und dieselbe als Agitationsmittel zu benutzen, bei den letzten Wahlen so gründlich Fiasco gemacht hat. (Bravo, hört! hört!) Ich werde dem Abg. Reichensperger (Beckum), der fast das ganze Gebiet der europäischen Politik in die Debatte gezogen hat, auf dieses Gebiet in der ganzen Ausdehnung nicht folgen.

Das wissen wir recht gut, und freuen uns darüber, daß jede handelspolitische Frage auch eine rein politische Frage ist. Die Verhandlungen über den gegenwärtigen Vertrag ziehen sich bereits das zweite Decennium hindurch, ehe der Abschluß durch die gegenwärtige Regierung erfolgen konnte. Es ist dies ein Beweis dafür, daß auch diese Regierung, so sehr sie auch in vielleicht jeder anderen Beziehung den Forderungen der Majorität dieses Hauses entgegentritt, die altpreußischen Traditionen nicht ganz verleugnen kann. Deshalb haben wir auch in Anerkennung dieses altpreußischen Standpunktes von jeder oppositionellen Stellung in dieser Frage abgesehen, eingedenk unseres, in der Adresse eingenommenen Standpunktes, Alles, was nur im Interesse des Landes geboten zu sein scheint, zu acceptiren, unbeschadet unserer sonstigen oppositionellen Stellung dieser Regierung gegenüber. Nicht, wie der Abg. Reichensperger meint, was gegen den Vertrag spricht, sondern was für denselben spricht, muß unter den Erwägungen, die unsere Abstimmung leiten sollen, die erste Linie einnehmen. Die Gründe müssen den Ausschlag geben, ob das preußische, ob das deutsche Interesse durch den Vertrag gefördert werde. Und in dieser Beziehung ist hier unserer Regierung die Bahn vorgezeichnet, die preußische Hegemonie, welche in der letzten Zeit bedeutende Sympathien eingebüßt hat, auf dem Gebiete der materiellen Interessen wieder herzustellen. Die deutschen Patrioten müßten daher schon von dieser Seite betrachtet, den Vertrag unterstützen. Ich habe nicht Gelegenheit gehabt, einen in einer früheren Debatte gefallenen Ausspruch, man dürfe das große politische Ideal der deutschen Freiheit nicht mit den materiellen Interessen in Verbindung bringen, zurückzuweisen. Ich halte es gerade für eine gute, für die beste Position, daß wir in der Lage sind, in den Kampf für das große politische Ideal der deutschen Einheit durch das Medium der materiellen Interessen auch die träge Masse der Nation hineinzuziehen. (Lebhaftes Bravo.)

Die materiellen Interessen sind es vorzugsweise, welche die preußische Hegemonie, die Führung Preußens in der deutschen Frage nicht blos dem denkenden, sondern auch dem rechnenden Deutschen möglich erscheinen lassen. (Wiederholtes Bravo). Der Abg. Reichensperger hat uns ferner vor der in dem Vertrage liegenden Annäherung an Frankreich und vor einer feindlichen Position gegenüber Oesterreich, unserem natürlichen Bundesgenossen, gewarnt. Nun ist es doch aber klar, daß unseren handelspolitischen Interessen nichts nachtheiliger sein würde, als ein Bündniß mit Oesterreich, ein solches würde vielmehr die napoleonische Politik im eigenen Lande noch stärken. Durch ein so unheimvolles Bündniß würden wir wahrlich die Macht Napoleons nicht brechen; vor diesem gerade müssen wir uns am meisten hüten. Nur eine nationale Politik kann unser Vaterland vor dem Ueberfluthen durch auswärtige Feinde schützen, weit mehr, als dies noch so imposante Heere im Stande sind. (Bravo). Der Abg. Reichensperger hat uns ferner vorgehalten, wir wollten mit dem Handelsvertrage den Knoten der deutschen Frage zerhauen. Dieses Paradoxon scheint mir unauflöslich und wird vielleicht seinen eigenen Freunden unbegreiflich sein. Wie in aller Welt kann man von „zerhauen" sprechen, wo es sich um einen Handelsvertrag handelt, um das geeignetste Mittel friedlicher Entwickelung, wie es sich einem Culturvolke, wie das deutsche, geziemt. Der Abg. Reichensperger möge uns doch ein anderes Mittel angeben, durch welches der Knoten sanfter abgewickelt werden kann. Wir genügen gerade durch unbedingte Annahme dieses Vertrages unserem Berufe, indem wir einer friedlichen Annäherung an die Völker des Westens den Weg bahnen, die auch unserem Volke zu Gute kommen muß. Sollte wirklich der Herrscher Frankreichs die napoleonischen Ideen zur Ausführung bringen und den alten Kampf erneuern wollen, nun, dann hoffe ich, wird dieser Vertrag uns in den Reihen seines eigenen Volkes manchen Bundesgenossen erzeugt haben. (Lebhaftes Bravo von allen Seiten).

Ein Schlußantrag wird abgelehnt.

Abg. Coupienne für den Vertrag, der einen wesentlichen Fortschritt in den national-ökonomischen Ansichten Frankreichs darstelle und deshalb sich dort wachsende praktische Erfolge versprechen könne. Er sei zwar, wie gewiß Alle im Hause, principiell Freihändler, aber man dürfe doch die geschichtliche Thatsache nicht übersehen, daß alle großen Industrie-Nationen mit dem Schutze, wenn auch vielleicht nicht durch ihn, groß geworden seien, und deshalb halte er eine nur allmähliche Entwickelung zum Freihandel für das Rathsamste, und diesen Charakter finde er in dem vorliegenden Vertrage. Schließlich für die Fortdauer des Zollvereins, dessen Bedeutung für die deutsche Einheit er höher anschlage, als die materiellen Vortheile aus diesem Vertrage, auf dessen Zustandekommen er jedoch eben aus dieser Rücksicht auf den Fortbestand des Zollvereins hofft.

Abg. Osterrath richtet einige erläuternde, widerlegende Bemerkungen gegen die Vorredner, in denen er die Nachtheile des Vertrages, insonderheit für die preußische Ostsee-Schifffahrt, hervorhebt.

Ein wiederholter Schlußantrag (die Abgg. Frystacki und Dr. Zehrt sind nur noch als Redner, Beide gegen den Vertrag, angemeldet) wird angenommen. Persönliche Bemerkungen folgen.

Abg. Reichensperger (Beckum): Er könne dem Abg. Schulze in Betreff des Zerhauens des Knotens in einer persönlichen Bemerkung nicht in der Weise antworten, wie es nöthig sei, und sei deshalb dem Abg. Osterrath dankbar, daß er dem Abgeordneten gewissermaßen ein Licht aufgesteckt habe. (Heiterkeit.) Abg. v. Vincke habe seine (des Redners) politische Gesinnung gewissermaßen verdächtigt durch die Bemerkung, daß seine Abstimmung und Reden immer auf Seiten Oesterreichs ständen. Von einem Interesse für Oesterreich werde er nicht geleitet, sondern nur vom Patriotismus. Den Abg. von Vincke habe er immer auf Seiten der Feinde Oesterreichs gefunden. Generalpächter des preußischen Patriotismus erkenne er nicht an.

Der Präsident erklärt, daß er keine Verdächtigung in den Aeußerungen des Abg. v Vincke gefunden habe.

Abg. Schulze (Berlin): Ihm solle ein Licht aufgesteckt sein, das möge im Sinne dieser Herren richtig sein. Diese Herren steckten immer ein Licht am hellen Tage auf, wo es nicht nöthig sei, niemals aber im Dunkeln. (Heiterkeit.)

Abg. v. Vincke: Der Präsident habe ihn schon vertheidigt; ihm sei es nicht eingefallen, den Abg. Reichensperger zu verdächtigen; er habe gesagt, es sei ein reiner Zufall, daß seine Abstimmungen und Reden immer auf Seiten Oesterreichs gewesen. (Heiterkeit.) Er (Redner) habe früher auch auf Seiten Oesterreichs gestanden; nachdem er aber gefunden, daß Oesterreich unverbesserlich sei, sei er davon zurückgekommen.

Das Schlußwort erhält der Ref. Abg. Dr. Michaelis: Diejenigen, welche sich gegen den Vertrag haben einschreiben lassen, hätten sich zum Theil gegen den Bericht gewendet. Einmal wurde dem Bericht der Vorwurf gemacht, daß er die politische Frage nicht gehörig gewürdigt, andererseits sei der Ref. angegriffen worden, weil er die Politik in die Diskussion hineingezogen habe. Das habe nicht der Berichterstatter, sondern das habe Oesterreich durch seine Note gethan, und ein solches Attentat konnte bei der Diskussion in einem preußischen Abgeordneten-Hause nicht übergangen werden (Bravo). Im Allgemeinen sei gegen den Vertrag der Mangel an Parität geltend gemacht, und man sei vom Standpunkte des Schutzzolles dagegen aufgetreten. Preußen werde eine Reform des Zollvereins, wie man aus der letzten sehr dankenswerthen Note ersehe, unter jeder Bedingung durchgeführt haben. Der Abg. für Paderborn habe in dem Mangel der Parität eine Verletzung der Ehre und Würde des Landes gesehen. Die Ehre und Würde eines Landes hänge davon ab, daß es Vertrauen zu sich selbst habe (Bravo). In dem Vertrage sei das größte Vertrauen zu dem Lande ausgesprochen und das Land erweise sich die größte Ehre, welches den niedrigsten Zollsatz habe (Bravo). Daß der Vertrag noch manches zu wünschen übrig lasse, müsse zugestanden werden, aber ein Ideal konnte weder die preußische Regierung noch die französische herstellen. Die Beschränkungen der Ausfuhr durch die Rheinmündungen würden durch die von Frankreich weiter abzuschließenden Verträge völlig beseitigt werden. Wenn der Abgeordnete befürchtet habe, daß Preußen Frankreich die Kohlen liefern müsse, wenn es mit England Krieg führe, so habe andererseits auch England sich verpflichtet, Frankreich die Kohlen zu liefern, wenn es mit uns Krieg führe, und deshalb habe Preußen auf England keine Rücksicht zu nehmen (Sehr richtig). Der Vertrag stehe auf dem Standpunkte des Compromisses; er bilde einen Schritt zu einem den wirthschaftlichen Interessen mehr entsprechenden System; der Schutzzoll verhindere den Fortschritt in Maschinen und Erfindungen in jeder Weise; der Schutzzoll besteuere die westlichen Provinzen sehr erheblich zu Gunsten der Industrie der östlichen. Es sei Zeit, den Zankapfel zwischen den Provinzen zu beseitigen; in der Commission habe die Ausgleichung stattgefunden und er glaube, daß die einstimmige Annahme des Vertrages im Interesse des Vaterlandes liege. Er schließe mit den Worten, mit denen er die Debatte eingeleitet habe, indem er bitte, daß das Haus den Vertrag im Interesse Preußens, im Interesse des Zollvereins, im deutschen Interesse ohne Aenderung, ohne Bedingung, ohne Phrasen annehmen möge (Beifall).

Man geht hierauf zur Spezialdebatte, in der zuerst die Tarifgruppen, dann die einzelnen Artikel des Vertrages in Betracht gezogen werden sollen. In einer allgemeinen Diskussion über erstere sprechen die Abg. Harkort, der sich gegen die Bemerkungen des Abg. Müller (Anklam) und des Referenten wendet, Reichenheim, der eine von der Handelskammer seines Wahlkreises aufgestellte, gegen den Vertrag sich richtende Berechnung, die dem Hause zugegangen, seiner Kritik unterwirft. Die allgemeine Diskussion über die erste Tarifgruppe (Gespinnste und Gewebe) ist damit geschlossen. Der Abg. v. Auerswald verwahrt sich gegen eine Aeußerung des Abg. Harkort, als hätten die beiden Abgeordneten für Elberfeld Instructionen von ihren Wählern erhalten, die sie zu beachten hätten. Sie hätten keine solche erhalten und würden keine solche annehmen. Abg. Harkort rechtfertigt sich durch sein Mißverstehen einer gestrigen Aeußerung des Referenten.

Die Spezialdiskussion richtet sich zunächst zu den Gespinnsten und Geweben aus Baumwolle.

Abg. Harkort (auf der Tribüne fast ganz unverständlich) wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Reichenheim und erklärt sich gegen die Ermäßigung des Tarifs für Baumwollen-Waaren, da dieser Zweig der Weberei bei uns noch nicht die erforderliche Höhe erreicht habe. Die Reductionen seien so tiefgreifend, daß die bezügliche einheimische Industrie mit der französischen gar nicht mehr concurriren könne. Könne man aber auch concurriren mit dem Auslande, so gebe er doch zu bedenken, daß dies nur auf Kosten unserer Arbeiter geschehen könne.

Abg. Reichenheim verweist gegen die Ausführung des Vorredners auf den Jahresbericht der würtemberger Handelkammern. Die Befürchtungen des Abg. Harkort wegen dieser Positionen seien durchaus nicht gerechtfertigt. In Bezug auf die Lage der Arbeiter, namentlich der jugendlichen, verweise er auf die analogen englischen Verhältnisse. Die höhere Ausfuhr, welche in Folge der Zollreduction sich ergeben werde, würde reichlich den entstehenden Ausfall decken. Uebrigens müßten den Interessen der Spinnerei gegenüber auf die Interessen der Weberei berücksichtigt werden, und er verweise in dieser Beziehung auf das Gutachten eines bewährten Technikers, Lippold in Chemnitz, der, obgleich selbst Spinner, doch die Anforderungen der Spinner für ungerechtfertigt erklärt hat. Im Interesse der Gesammtindustrie des Vaterlandes billige er diese Position.

Abg. Harkort: Er habe nur behauptet, daß bei der Zollreduction die groben Gespinnste mehr geschützt sind, als die feinen; er wolle nur keine Abhängigkeit vom Auslande. — Abg. May (Gladbach): Obgleich er den Ausführungen des Abg. Reichenheim nichts beizufügen habe, so fühle er doch als einziger Baumwollenspinner im Hause sich veranlaßt, seine Zustimmung zum Vertrage besonders zu erklären. (Bravo.) — Abg. Harkort erwidert einige unverständliche Worte. — Abg. Behrend: Die Industrie der Ostsee-Provinzen werde in Folge der niedrigeren Tarifsätze auch in diesem Zweige aufblühen, und er werde daher nicht mit dem Abg. Harkort gegen, sondern für den Antrag stimmen. — Abg. Reichenheim: Er sei gerade der Meinung, daß die Weber durch die bisherigen Tarifsätze in ihre traurige Lage gebracht sind, und begrüße schon aus diesem Grunde die Vorlage der Regierung mit Freuden. — Abg. Harkort: Die Ostsee-Provinzen seien mehr auf den Ackerbau als auf Fabrik-Industrie hingewiesen.

Zur Position Wolle macht Abg. Harkort einige Bemerkungen, worauf der Reg.-Commissar Delbrück erwidert, daß in Bezug auf das ungefärbte Wollgarn in dem Tarife des Vertrages gar nichts geändert sei. Das Beispiel von England zeige deutlich, daß wenn man auch Spinnereien besitze und man einen Theil der Wolle vom Auslande beziehe, man immer abhängig bleibe. So lange wir nicht englische Schafzucht hätten, würde dies nicht zu ändern sein. Die deutsche Tuchfabrikation überflügele die französische vollkommen, wie die Aussage amerikanischer Tuch-Commissionäre festgestellt habe. Auch Belgien stehe hinsichtlich des Geschmackes bei lichteren Modestoffen nicht höher als wir. — Nach diesen Bemerkungen verzichtet der Abg. Reichenheim auf das Wort. — Abg. Harkort erwidert, daß es sehr gefährlich sei, sich eine Unsumme von Webern zu erziehen, wenn man das Material nicht im Lande habe. — Ref. Abg. Michaelis: Mit dem Verkehr bilde sich eine Solidarität der Interessen der Völker und damit eine Wehr gegen den Krieg. — Die Diskussion über die erste Gruppe ist beendet.

Es folgt die allgemeine Diskussion über die zweite Gruppe: Metall und Metallwaaren. Special-Ref. Abg. Dr. Simons (Lennep). Der Ref. Abg. Michaelis berichtet über eine Petition, die gegen diesen Abschnitt eingegangen sei und beantragt deren Spezialberathung vorzubehalten. Der Handelsminister erklärt sein Einverständniß damit, bei der Spezial-Berathung dieser wichtigen Petition werde er seine Bemerkungen machen. Abg. Röpell (Danzig): Auf die Gefahr hin, von dem Abg. für Beckum zu den Schwindlern gerechnet zu werden, wolle er erklären, daß er ein Freihändler sei und deshalb für diesen Theil des Vertrages eintrete. Die östlichen Provinzen müßten jährlich hunderttauseude von Thalern an die westlichen Provinzen für Eisen zahlen. Die landwirtschaftliche Industrie beschäftige ungefähr 8 Millionen Menschen, diesen gegenüber die Arbeiter in Fabrik-Industrien, etwa 500,000 gegenüber. Seit 25 Jahren kämpften die östlichen Provinzen für eine Ermäßigung der Eisenzölle und im Jahre 1855 habe das Haus einen dahingehenden Beschluß gefaßt. Die Staats-Regierung habe ihre Zustimmung dazu erklärt. Er (Redner) habe in der Commission eine dahingehende Resolution gestellt, in Folge deren die Redner für den Schutzzoll die Hand zum Frieden boten. Er habe seine Resolution zurückgezogen, werde dieselbe aber wiederaufnehmen, sobald im Hause die Schützzölle auf die Eisen-Industrie wieder in Anregung gebracht werden.

Abg. Müller (Anklam) erörtert den Inhalt der vorliegenden Petitionen in Bezug auf diesen Gegenstand und widerlegt die gegen die einzelnen Tarifsätze erhobenen Bedenken. Viele Umstände, als Ergiebigkeit der Erze, Nähe der Kohlen, Zweckmäßigkeit der Fabriken 2c. wirkten auf die Production ein. Die Herabsetzung des Zolles käme den Conjunctur-Veränderungen gegenüber nicht in Betracht. Das Absatzgebiet hänge nicht blos von dem Preise der Waare, sondern auch von den Transportkosten ab, und wenn zur Erleichterung des Transportes Anträge gestellt würden, so werde er dieselben unterstützen. Nach einer unverständlichen Bemerkung des Abg. Harkort ergreift das Wort Abg. v. Vincke (Stargard): Kohlen und Eisen dürften nicht vertheuert werden, darin stimme er mit dem Commissions-Bericht überein. Abg. Harkort habe früher ähnliche Ansichten gehabt und den Schutzzoll auf Roheisen hekämpft. (Redner verliest Stellen aus einer Denkschrift des genannten Abg. vom Juli 1842.) Alle damaligen schlimmen Prophezeiungen desselben seien in Folge der Schutzzölle eingetreten. Ihm, Redner, sei diese Folge zufällig genauer bekannt, so daß er sie wenigstens im Allgemeinen beleuchten könne. Er wisse demzufolge, daß man früher aufs Entschiedenste gegen die Erhöhung des Zolls auf Roheisen und des Schutzzolls auf Roheisen angekämpft habe in Denkschriften, Petitionen, Versammlungen u. s. w. Die Fabrikanten hätten nur eine Verbesserung der Verkehrsmittel gewünscht. Letztere sei eingetreten, dennoch seien die Fabrikanten nicht zufrieden; sie wünschten den Schutzzoll verewigt zu sehen. Eine enquête bei diesen Fabrikanten würde gar nichts genützt haben; denn die Fabrikanten selbst wären mit ihrem Geldbeutel dabei betheiligt; das komme ihm grade so vor, als wolle man eine Commission von Generalen zusammenberufen, um sich nach der Möglichkeit von Ersparnissen im Militär-Etat zu erkundigen. (Große allgemeine Heiterkeit.) — Noch jetzt sei das Mißverhältniß zwischen den kleinen und großen Fabrikanten ein sehr großes. Abg. Waldeck habe Schutz für alte Industrien gewünscht, er wünsche sie höchstens für neue, die erst der Unterstützung bedürften, um die ihnen im Anfang entgegenstehenden Schwierigkeiten zu überwinden. Wir hätten schon seit dem großen Kurfürsten Privilegien für die Eisen-Industrie; sie sei also gewiß alt und geschützt genug gewesen. Noch mehr Schutz zu verlangen, sei ein testimonium paupertatis für diese Industrie. Weshalb sie also künstlich fortführen? die dabei beschäftigten Arbeiter würden in andern Industriezweigen Beschäftigung finden.

Mau habe gesagt, man dürfe in Bezug auf Eisen nicht vom Auslande abhängig werden, das biete Gefahr für Kriegszeiten. Aus ähnlichem Grunde habe einst eine Stadt in seiner Heimath gegen Chausseen sich erklärt, weil das in Kriegszeiten zur Einquartierung für jene Stadt führen könnte. Wolle man für alle solche Fälle Vorsorge treffen, so würde man Alles zu schützen haben. — Uebrigens sei ja selbst von den Vertretern des Schutzzolls die Concurrenzfähigkeit unserer Eisen-Industrie gar nicht bestritten. Die Concurrenz sei aber eben der beste Hebel, diese Industrie concurrenzfähig zu machen. Augenblicklich möchte eine Calamität da sein; daran sei eben die

augenblicklich verminderte Nachfrage schuld. Er wünsche, daß der Zoll ganz falle. Es sei ein Segen für das Land, wenn unsere Schutzzölle heruntergesetzt würden, wo möglich noch unter die französischen. Die Franzosen würden desto mehr von uns nehmen können, je mehr sie nach uns ausführten; das komme also den Arbeitern und damit der ganzen Nation zu Gute. Wir müßten uns möglichst viel Consumtionsartikel zu verschaffen suchen. — Noch ein Wort über das Verhältniß der östlichen und westlichen Provinzen. Er vertrete einen östlichen Kreis und sei in einem westlichen geboren; er sei also unbefangen. Auch freue er sich, daß zwei andere in Westfalen geborene Abgeordnete, Michaelis und v. Forkenbeck, nicht auf Seiten des Schutzzolls ständen. Dagegen verwundere es ihn, die Abg. Plaßmann und Waldeck auf Seiten des Schutzes für die Eisen-Industrie zu finden. Denn jedenfalls verstoße es gegen die Gerechtigkeit, wenn man zum Vortheil des einen Theils einem andern des Volkes eine Steuer auflegen wolle. Auch in Bezug auf die Grundsteuer habe man ja eine allgemeine Ausgleichung angestrebt. Er hoffe also, daß jene Collegen aus den westlichen Provinzen auch den östlichen Provinzen gleiches Recht gewähren würden. — Eine Frage müsse er jedoch noch einmal wiederholt an die Regierung richten: wie nämlich dieselbe nach Ablauf des Zollvereins im Jahre 1865 ihr Verhältniß zu diesem Handelsvertrage einrichten wolle? Entweder sei nämlich derselbe ein Vortheil für Preußen, und dann stehe nichts entgegen, daß Preußen den Vertrag ohne Weiteres einhalte, wenn auch die anderen Zollvereinsstaaten zurückträten. Oder aber er sei ein Nachtheil für uns, dann geriethen wir in eine eigenthümliche Stellung zum Zollverein, da es doch sehr bedenklich für uns sein würde, den Vertrag dann allein fortzusetzen. Damit würden wir uns zwischen zwei Stühle setzen, und deshalb wünsche er Auskunft. (Redner schließt mit einem freihändlerischen Citat aus Harkorts Denkschrift, was große Heiterkeit erregt.)

Abg. Reibe: Es handle sich hierbei gar nicht um Schutzzoll oder Freihandel; die Massen-Production sei erst seit 1859 entstanden, sei also eine neue Industrie, und fordere nichts als die Anerkennung, daß sie beschränkt sei und dadurch theuere Producte liefern müsse. Dem Vertrag werde er sich nicht entgegensetzen.

Abg. Dr. Becker (Dortmund): Er glaube einer Pflicht gegen seine Wähler zu genügen, wenn er für den Handelsvertrag spreche. Noch im vorigen Herbste sei seine Candidatur durch den Ruf: „er ist ein Freihändler!" bekämpft und ihm als Tugendspiegel der heutige Finanzminister gegenübergestellt worden. (Heiterkeit.) So mache man auch jetzt die Leute bange, der Steinkohlenbergbau gehe zu Grunde, wenn der Tarif für Eisen geändert werde. Der westfälische Kohlenbergbau leide furchtbar, aber lediglich an der Ueberproduktion. Im Jahre 1857 habe im westf. Oberbergamtsbezirk 18¼ Mill. Tonnen Kohlen im Durchschnittspreise von 19 Sgr. gefördert. Seit der Zeit bis 1861 sei das ausländische Eisen fast ganz aus dem Zollverein verdrängt worden und dabei die einheimische Produktion gestiegen, aber die Kohlenpreise seien gleichwohl, und zwar auf 13, sogar auf 11½ Sgr. gefallen, so daß es zu einer Kalamität für das Land geworden sei. Wenn was durchaus nicht der Fall sei, in Folge des Vertrages der Kohlen-Consum im Produktionsbezirke um eine Kleinigkeit sinke, so habe das auf das Gedeihen des Kohlenbergbaues eben so wenig Einfluß, als wenn der Consum etwas steige; denn die Zunahme der Förderung stehe in gar keinem Verhältnisse zu den Schwankungen im Consum. Im Jahre 1861 habe schon die Förderung 25½ Mill., um 3¼ Mill. mehr als im Vorjahre, betragen. Dieses Mehr allein würde schon genügen, um alles vom Oberbergamtsbezirke geförderte Eisen zu verhütten. Der Consum im Produktionsbezirke betrage nur 2/10 der Förderung; das einzige Heil des Kohlenbergbaues sei zu suchen in Beseitigung der Bergwerksteuer und der Bevormundung im Gewerbebetriebe, in der Herstellung der Gewerbefreiheit, der Freizügigkeit und vor allen Dingen in der Vermehrung und Verwohlfeilerung der Transportmittel durch Herstellung der Wasserstraßen. Man tröste uns damit, die Eisenindustriellen würden mit Beseitigung der Zölle einverstanden sein, nachdem das Eisenbahnwesen umgestaltet und dies und das geschehen sei. — Es sei aber zu fürchten, daß man lieber die mangelhaften Zustände im Transportwesen beibehalten werde, um darin eine Gewähr für den Schutzzoll zu finden.

Die jüngst verurtheilte Flugschrift, „Die deutsche Eisenindustrie", sage wörtlich: „Wie können die Actionäre oder sonstigen Eigenthümer der Eisenbahnen so verblendet sein, durch die Bekämpfung des Schutzzolles auf den Untergang oder doch die Verminderung der Bergbau- und Hüttenindustrie hinzuwirken!" Hier biete der Schutzzöllner also den Eisenbahnen ein Bündniß an gegen die Interessen des großen Publikums, und uns wolle er den Kampf gegen das Unwesen bei den Eisenbahnen überlassen. Wer unbefangen dem Gange der Eisenindustrie gefolgt sei, wisse ganz gut, daß ihre Calamität ganz unabhängig vom Zolltarif und nur Folge der Steuern und der theuren Transportmittel sei. — Abg. Harkort: Der Eisenzoll sei gekommen ohne sein Zuthun, jetzt aber bestehe er und die bestehenden Verhältnisse müßten berücksichtigt werden. Er verlange nur, daß die Staatsregierung Schritte thue, uns concurrenzfähig zu machen, so daß wir einst gar keine Eisenzölle nöthig haben. Dies beweise, daß er noch auf dem Standpunkt der Denkschrift stehe, auf die sich der Abg. v. Vincke bezogen.

Abg. Overweg: Er stehe mit dem Abg. v. Vincke auf demselben Standpunkt, daß er den Handelsvertrag im Ganzen für einen großen politischen Fortschritt halte. Gegenüber dem plötzlichen Schachzuge Oesterreichs sei eine unbedingte Zustimmung des Hauses geboten, schon um der Regierung bei den übrigen Zollvereinsstaaten eine mächtige moralische Stütze zu leihen. Er vertraue den Erklärungen der Regierung, daß sie alle Mittel aufbieten werde, um den für einzelne Industriezweige zu erwartenden Nachtheilen zu begegnen, wie sie denn z. B. die Herabsetzung der Bergwerksabgaben, der Eisenbahntarife, Verbesserungen der Communication versprochen habe. Wenn man bedenke, daß aus dem Handelsvertrage der ländlichen Industrie Vortheile erwachsen würden, so könne man auch erwarten, daß er auf die Hebung der Eisenindustrie einwirken werde. Das sei doch aber gewiß, der Handelsfreiheit gehöre die Zukunft (Bravo). Mögen also diejenigen, welche noch Bedenken haben, für das Uebergangsstadium, das der Tarif statuire, stimmen, da fast ein später abzuschließender Vertrag die in Rede stehenden Industrien weit empfindlicher berühren könnte (Bravo).

Reg.-Commissar Geh. Rath Delbrück: Die Regierung habe bereits vor mehreren Jahren, 1854 und 1856 bei den Vereinsregierungen eine Ermäßigung der Eisenzölle beantragt, welche, was das Roheisen anlange, weiter ging, als der im Vertrage aufgestellte Tarif. Die Reg. habe den Vorschlag damals nicht ohne das Gutachten vertrauter Männer gemacht. Gegenwärtig habe die Regierung auf die augenscheinlich ungünstigen Conjuncturen Rücksicht genommen, und sei sich ihres Berufs bewußt gewesen, die bestehenden Verhältnisse in allen Staaten, welche sie zu vertreten habe, zu berücksichtigen. Er wolle alsdann auf die vom Abgeord. v. Vincke gestellte Frage zurückkommen.

In den Gründen, weshalb er die Frage nicht sofort beantwortet habe, liege die Beantwortung der Frage selbst. Er habe die Beantwortung der Frage einmal nicht für nöthig und ferner nicht für möglich gehalten. Er habe die Beantwortung nicht für nöthig gehalten, weil die Regierung nach wie vor die zuversichtliche Hoffnung hege, daß der Vertrag die Zustimmung sämmtlicher Vereinsregierungen finden werde, und ferner, weil in einem Actenstücke, welches den Abgg. bekannt sei, in der Erklärung, welche die Regierung auf die österreichischen Vorschläge gegeben habe, ausgesprochen sei, daß die Regierung, auch wenn niemals Verhandlungen mit Frankreich stattgefunden hätten, sich nicht über das Jahr 1865 hinaus an den bestehenden Zolltarif hätte binden können. Dies seien die beiden Gründe, aus denen er die Beantwortung der Frage nicht für nöthig gehalten. Nicht für möglich halte er die Beantwortung, in sofern die Regierung sich heute nicht bestimmt über die von ihm bezeichnete Lage und die Schritte aussprechen könne, durch welche sie dies von ihm im Allgemeinen gekennzeichnete Ziel erreichen wolle.

Abg. v. Beughem vertheidigt die Rohproducenten seines Wahlkreises Siegen gegen die Beschuldigung, daß sie den Schutzzoll verlängert wünschten. Man wünsche dort nur Gleichstellung mit dem Auslande. Der Reinertrag der Gruben in der Grafschaft Mark sei nicht, wie der Abg. Harkort sagt, 6 pCt., sondern so gut wie gar keiner, wenigstens in der letzten Zeit. — Der Antrag auf Schluß wird wiederholt und angenommen. (Die Minister v. Mühler und Graf Bernstorff sind eingetreten.) — Abg. v. Mallinckrodt verwahrt sich in einer persönlichen Bemerkung gegen die persönlich verletzenden Angriffe des Abg. v. Vincke, dem das Haus vielleicht ein zu großes Wohlwollen gewähre, und gegen die er Verwahrung einlegen zu müssen glaubt. — Abg. Waldeck (gegen v. Vincke): Er habe durchaus keinen Schutzzoll für die Eisenindustrie verlangt, sondern Befreiung derselben von den ihrer Entwickelung entgegenstehenden Beschränkungen. — Abg. von Vincke: Er habe den Abg. v. Mallinckrodt gar nicht gemeint und den Abg. Waldeck mißverstanden.

Bei der Specialdiscussion nimmt Abg. Bleibtreu das Wort, um die Eisenproducenten nochmals gegen den Vorwurf des Schutzzolles zu vertheidigen. (Präs. Grabow bittet ihn, sich an die Sache zu halten.)

Redner fährt fort: Man müsse den mächtigen Mitcontrahenten zeigen, daß hier keine Spaltung zwischen Ost und West, sondern überall der gemeinsame Patriotismus vorhanden sei, der keine persönlichen Rücksichten kenne. (Bravo.)

Die einzelnen Positionen des Tarifs werden hierauf ohne weitere Discussion angenommen.

Bei den Chemikalien scheint Abg. Harkort (schwer verständlich) einige Ausstellungen bei dem Artikel Soda zu machen; Abg. Herrmann desgleichen. Regierungs-Commissar bittet die Redner, ihre Beschwerden specificirt mitzutheilen.

Abg. Kerst glaubt abermals die Aufhebung des Salzmonopols befürworten zu müssen. Kohlen, Eisen und Salz müßten frei sein, wie die Luft. Erst dann würde es besser werden.

Ref. Abg. Ludewig rechtfertigt die Commissions-Ansicht, die Soda-Production sei mehr als genügend geschützt.

Der Tarif für Chemikalien, Glas, Thon- und Holzwaaren wird ohne weitere Discussion angenommen.

Bei den verschiedenen Waaren nimmt Abg. Virchow die in seinem Wahlbezirke blühende, der Beachtung werthe Achatwaaren-Fabrikation in Schutz; er bespricht sodann die Verhältnisse der Oel-Ausfuhr; über Letztere auch Abg. Harkort. Ref. Michaelis widerlegt einige Angaben der Vorredner.

Bei „Wein" beantragt Abg. Reinhard Aufhebung der Weinsteuer. Frankreich sei das Land, das am meisten Wein produzire, sei ein übermächtiger Concurrent. Was solle dagegen der kleine Concurrent, die Rheinprovinz, machen. Dort, in seiner Heimath, werde die Bestellung des Bodens enorm schwer; die Steuer sei hoch, die Bestimmungen des Tarifs zeigten, daß der Verfasser desselben kein Weinproduzent sei, sonst würde er wissen, wie schlecht unsere Weinproduction stehe. Die Moststeuer drücke den Winzer auf's allerhärteste; er müsse 12 bis 20 pCt. des Brutto-Ertrages tragen. Die französischen Bordeaux-Weine erhielten eine Gratification, wenn sie nach Preußen ausgeführt würden. Wenn man auf eine Flasche Lafitte oder Larose 1½ Sgr. mehr bezahle, worauf es doch gar nicht ankomme, so rette man dadurch 240,000 Winzer vom Ruin. Er sei also für Besteuerung fremder Weine und Erleichterung der Production im Inlande.

Reg.-Commissar v. Pommer-Esche (kaum verständlich): Der Winzer brauche nicht eher die Weinsteuer zu bezahlen, als bis er den Wein verkaufe. Diese und noch andere von ihr in der Commission auseinandergesetzte Vortheile habe der Winzer vor dem Grossisten voraus. (Durch Zahlen beweist Redner den Ausführungen des Vorredners gegenüber, daß der inländ. Wein einen ausreichenden Schutz genieße.)

Abg. Reinhard: Der Reg.-Commissar habe ihn nicht widerlegt. Die einheimischen Winzer seien so arm, daß sie froh sind, den Wein noch vor der Kelterung zu verkaufen, um dafür Kartoffeln und Brodt zu erwerben. Er müsse aber hier noch auf die Thatsache aufmerksam machen, daß sie den zuletzt gekelterten Wein, den Tagelöhnerwein, zuerst trinken müßten, da der frühere sonst versteuert werden müßte. (Heiterkeit.)

Ref. Abg. Michaelis: Die leichten Mosel- und Rheinweine seien erst seit einigen Jahren hergekommen, und der Consum werde sich nicht in Folge des Tarifs vermindern; die größere Einfuhr der französischen Weine werde auch der inländischen Weinproduction zu Gute kommen.

Art. 1 und 2 werden darauf gegen die Stimmen einiger 12—16 Abgg. im Centrum angenommen. — Darauf Vertagung bis morgen 9 Uhr. — Schluß der Sitzung 3½ Uhr.

Berlin, 24. Juli. [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht, dem Ober-Buchhalter bei der Regierungs-Haupt-Kasse zu Erfurt, Regierungs-Rath Borheck, den rothen Adlerorden vierter Klasse, dem Schullehrer Kulessa zu Bobern im Kreise Lyck und dem emeritirten Schullehrer Peter Joseph Küster zu Deutz im Landkreise Köln das allgemeine Ehrenzeichen, so wie dem Sergeanten Lysius und dem Gefreiten Mischke im 3. brandenburgischen Infanterie-Regiment Nr. 20, dem Füsilier Settnik im 1. Garde-Regiment z. F. und dem Haushälter Carl Nagel zu Breslau die Rettungs-Medaille am Bande zu verleihen; ferner den außerordentlichen Professor Dr. Cosack in Königsberg zum ordentlichen Professor in der theologischen Fakultät daselbst; den Kaufmann Eduard Harmsen in Arequipa (Peru) zum Konsul daselbst; sowie an Stelle des auf sein Gesuch entlassenen bisherigen Konsuls Runnerström in Malmoe den dortigen Kaufmann Th. Flensburg zum Konsul daselbst zu ernennen; und gemäß der von der Stadtverordneten-Versammlung zu Brieg getroffenen Wiederwahl, den Stadtsyndicus und Rathsherrn Groß als Beigeordneten der Stadt Brieg für eine neue sechsjährige Amtsdauer zu bestätigen.

Der bisherige Kreisrichter Dächsel in Sömmerda ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht in Sangerhausen und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Naumburg mit Anweisung seines Wohnsitzes in Sangerhausen ernannt worden.

Der bisherige Kreisrichter Horn zu Flatow ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht zu Marienburg und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Marienwerder mit Anweisung seines Wohnsitzes in Stuhm ernannt worden. (St.-A.)

Berlin, 24. Juli. [Anerkennung.] Das eigenhändige Schreiben, welches Ihre Maj. die Königin dem königl. Kommerzienrath Alb. Borsig vorgestern haben zugehen lassen, lautet: „Die Feier des heutigen Tages ist sowohl für die zahlreichen Genossen Ihres Gewerbfleißes, als für Ihre Vaterstadt, in der sich so reiche Kräfte entfalten, eine wahrhaft ehrenvolle. Sie ehrt das Gedächtniß Ihres Vaters, dessen Beispiel in weiten Kreisen Nacheiferung finden möge, sie ehrt aber auch die Gesinnung, in der Sie sein Werk fortsetzten. Empfangen Sie Meine aufrichtigen Wünsche für dessen ferneres Gedeihen. Babelsberg, den 22. Juli 1862. Augusta."

× **Berlin,** 24. Juli. [Waldeck's Geburtstag.] Am schwarzen Brett der Universität war gestern Nachmittag folgender Aufruf angeschlagen: „Commilitonen! Deutsche Brüder! Am 31. d. Mts. ist Waldecks 60. Geburtstag. Allerorts rüstet man sich, diesen Tag zu feiern, um einen Beweis der Liebe und Anerkennung dem wackern, zähen Streiter gegen Tyrannei, dem für sein Streben gemaßregelten politischen Märtyrer und dem dennoch ungebrochen fortarbeitenden braven alten Vorkämpfer des Fortschritts zu geben. Commilitonen! Deutsche Brüder! Wir leben in einer hochwichtigen, ernsten Zeit. Die deutsche Jugend wird vielleicht wie vor einem halben Jahrhundert eine Welt über den Haufen zu werfen und eine neue zu gründen die Aufgabe haben. — Mancher Zweifel an der Begeisterung und Opferfähigkeit der jetzigen Jugend ist laut geworden. Wollen wir nicht den Männern, die uns vorarbeiten, ein kleines Zeichen geben, daß sie auf uns bauen können? Wollen wir nicht Waldeck's Geburtstag benutzen, um unsere Sympathien für den Fortschritt dadurch, daß wir dem alten prächtigen Manne eine Dankadresse zusenden, an den Tag zu legen und so zu beweisen, daß jene Zweifel an unserer Begeisterung für die nationale Sache unbegründet sind? Erwäget! entscheidet! beschließt!" Heute ist der Anschlag, wahrscheinlich auf Befehl der Universitätsbehörden, entfernt worden.

Breslau, 25. Juli. [Diebstähle] Gestohlen wurden: Lehmdamm Nr. 4c. eine goldene Damenuhr mit Haken, drei silberne Theelöffel, gezeichnet A. R., ein messingner Mörser mit Stampfer, ein Paar Zeugstiefeln und ein Paar Plüschschuhe; Albrechtsstraße Nr. 21 ein goldener Fingerring mit einem Brillanten; Ziegengasse Nr. 8 ein brauner Ueberzieher mit schwarzem Kamlot gefuttert.

Verloren wurde: ein brauner Sonnenschirm mit weiß und goldnem Griff.

Gefunden wurde: ein seidener Regenschirm.

[Unglücksfälle.] Am 22. d. Nachm. beabsichtigte ein hiesiger Droschkenkutscher ein Pferd in einem Fiakerwagen einzufahren, wurde aber hierbei von dem Pferde vom Sitzbocke heruntergeschlagen und erlitt eine Zerschmetterung des Unterkiefers, die seine sofortige Unterbringung im Hospital nothwendig machte.

Am 23. d. Morgens wurde an der Ecke der Ohlauerstraße und des Ketzerberges, eine hiesige unverehelichte Frauensperson durch eine Droschke zu Boden gerissen und überfahren. Dieselbe erlitt hierbei eine anscheinend nur leichte Verletzung am rechten Beine.

An demselben Tage Vormittags fuhr auf der Oderstraße ein hiesiger Hürdlerknecht mit seinem Fuhrwerk unvorsichtiger Weise mit einem Handwagen zusammen, wobei der Führer des letzteren zu Boden gerissen wurde und einige leichte Beschädigungen am rechten Arme und Beine erlitt.

Am 23. d. Nachm. wurde in der Rufferschen Maschinen-Bau-Anstalt der Arbeiter S. beim Sprengen von Gußeisen mit noch vier anderen Arbeitern, von der Kurbe der Winde, womit der sog. Bär aufgewunden wird und die sich von selbst auf bis jetzt noch nicht ermittelte Weise in Bewegung gesetzt hatte, erfaßt und zu Boden geschleudert, ꝛc. S. fiel hierbei unglücklicherweise auf die Kante einer in der Nähe liegenden Eisenplatte und erlitt dadurch zwei bedeutende Verletzungen am Kopfe, welche die sofortige Annahme ärztlicher Hilfe erforderlich machten. (Pol.-Bl.)

Breslauer Sternwarte.

24. Juli 10 U. Abds.	27 9,95	+11,0	NW. 1.	Heiter.
25. Juli 6 U. Morg.	27 10,98	+11,2	W. 1.	Trübe.

Wasserstand.

Breslau, 25. Juli. Oberpegel: 13 F. 7 Z. Unterpegel: 1 F. 1 Z.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 24. Juli, Nachm. 3 Uhr. Die 3proz. eröffnete bei fortdauernder Geschäftsstille zu 68, 40, stieg auf 68, 50 und schloß unbelebt aber fest zur Notiz. Consols von Mittags 12 Uhr waren 93¼ eingetroffen. Schluß-Course: 3proz. Rente 68, 45. 4½proz. Rente 97, 50. 3proz. Spanier 48. 1proz. Spanier 43¾. Silber-Anleihe —. Oesterr. Staats-Eisenbahn-Aktien 488. Credit-mobilier-Aktien 828. Lomb. Eisenbahn-Aktien 613. Oesterr. Credit-Aktien —.

London, 24. Juli, Nachm 3 Uhr. Bedeckter Himmel. Consols 93⅛. 1proz. Spanier 44. Mexikaner 27⅞. Sardinier 84. 5proz. Russen 96. 4½prz. Russen 89½.

London, 24. Juli, Mittags. Die Bank von England hat den Discont von 2½ auf 2 Prozent reducirt.

Wien, 24. Juli, Mittags 12 Uhr 30 Minuten Börse leblos. 5proz. Metall. 70 90. 4½proz. Metall. 62, 25. Bank-Aktien 793. Nordbahn 198, —. 1854er Loose 90, 50. National-Anleihe 82, 30. Staats-Eisenb.-Aktien-Cert. 246, 50 Creditaktien 213, 90. London 126, 30. Hamburg 94, 20. Paris 50, —. Gold —, —. Silber —, —. Elisabetbahn 157, 50. Lomb. Eisenbahn 280. —. Neue Loose 130, 50. 1860er Loose 91, —.

Frankfurt a. M., 24. Juli, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Oesterreichische Fonds und Aktien bei geringem Umsatz etwas matter. Schluß-Course: Ludwigsh.-Berbach 136⅝. Wiener Wechsel 93⅛. Darmst. Bankaktien 219. Darmst. Zettelbank 250. 5proz. Met. 54¼. 4½proz. Met. 48⅞. 1854er Loose —. Oesterr. National-Anleihe 63⅞. Oesterr.-Franz. Staats-Eisenb.-Aktien 228. Oesterr. Bank-Antheile 747. Oesterr. Credit-Aktien 198. Neueste österr. Anleihe 73⅜. Oesterr. Elisabet-Bahn 122¼. Rhein-Nahe-Bahn 32½. Mainz-Ludwigshafen Litt. A. 126⅜.

Hamburg, 24. Juli, Nachm. 2 Uhr 30 M. Fest bei geringem Geschäft. Schluß-Course: National-Anleihe 64½. Oesterreich. Credit-Aktien 84¼. Vereinsbank 101¾. Nordd. Bank 97¼. Rheinische 93¼. Nordbahn 64. Disconto 2½. Wien —, —. Petersburg —.

Hamburg, 24. Juli. [Getreidemarkt.] Weizen loco sehr fest bei einigem Geschäft, ab auswärts unverändert gehalten, jedoch ruhig. Roggen loco preishaltend, ab Königsberg pr. Juli-August zu 85—86 zu haben. Oel pr. Oktbr. 28⅞, pr. Mai 28⅛. Kaffee 1/16 höher, 2—3000 Sack Umsatz.

Liverpool, 24. Juli. [Baumwolle.] 3500 Ballen Umsatz. — Markt ruhig.

Berliner Börse vom 24. Juli 1862.

Fonds- und Geldcourse.

Freiw. Staats-Anleihe	4½	102½ bz.
Staats-Anl. v. 1850, 52	4½	00 bz.
dito 54, 55, 56, 57	4½	102¾ bz.
dito 1853	4	100 bz.
dito 1859	5	108⅞ bz.
Staats-Schuld-Sch.	3½	90⅛ bz.
Präm.-Anl. von 1855	3½	124½ bz.
Berliner Stadt-Obl.	4½	102⅝ bz.
Pfandbriefe: Kur- u. Neumärk.	3½	93¼ bz.
dito dito	4	101⅞ bz.
Pommersche	3½	92 G.
dito neue	4	101⅛ bz.
Posensche	4	104¾ G.
dito	3½	98⅞ G.
dito neue	4	99¼ bz
Schlesische	3½	94½ G.
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärk.	4	100⅛ bz.
Pommersche	4	99⅞ bz.
Posensche	4	99⅞ bz.
Preussische	4	99⅞ bz.
Westf. u. Rhein.	4	99¾ bz.
Sächsische	4	100½ G.
Schlesische	4	100⅝ bz.
Louisdor	—	109¾ G.
Goldkronen	—	9. 6½ G.

Ausländische Fonds.

Oesterr. Metall.	5	56¾ bz.u.G.
dito 54er Pr.-Anl.	4	73 B.
dito neue 100-fl.-L.	—	69¾ G.
dito Nat.-Anleihe	5	66 bz.
dito Banku.u.Whr.	—	80⅛ bz.
Russ.-engl. Anleihe	5	94⅝ bz.
dito 5. Anleihe	5	86¼ bz.
dito poln. Sch.-Obl.	4	83¼ G.
Poln. Pfandbriefe	4	— — —
dito III. Em.	4	87¾ B.
Poln. Obl. à 500 Fl.	4	93 B.
dito à 300 Fl.	5	95 G.
dito à 200 Fl.	—	23½ G.
Poln. Banknoten	—	87¼ bz.
Kurhess. 40 Thlr.	—	57 B.
Baden 35 Fl.	—	31¾ B.

Actien-Course.

	Div. 1861	Z.-F.	
Aach.-Düsseld.	3½	3½	85 G.
Aach.-Mastricht.	3½	4	34¼ bz.
Amst.-Rotterdam	5[illegible]	4	90½ G.
Berg.-Märkische	6½	4	110 bz u B.
Berlin-Anhalter	8¼	4	141 bz.
Berlin-Hamburg	6	4	118¼ bz.
Berl.-Potsd.-Mgd.	11	4	214 bz.
Berlin-Stettiner	7 1/12	4	129¼ bz u B.
Breslau-Freibrg.	6¼	4	129 bz.
Cöln-Mindener	12¼	3½	178 etw. bz.u.B.
Franz.St.-Eisenb.	6	5	131 à 132¼ bz.u B.
Ludw.-Bexbach.	8	4	136 G.
Magd.-Halberst.	22½	4	326 G.
Magd.-Wittenbrg.	1⅙	4	44¼ à ½ bz
Mainz-Ludw. A.	7	4	126⅛ à 127 bz.
Mecklenburger	2⅞	4	59½ à 60½ bz.B.
Münster-Hammer	4	4	93 B.
Neisse-Brieger	3½	4	74⅞ bz.
Niederschles.	4	4	99⅜ bz.
N.-Schl.-Zweigb.	1½	4	75 bz
Nordb. (Fr.-W.)	3	4	64⅞ à ¾ bz.*)
dito Prior.	—	4½	— — —
Oberschles. A.	7 1/15	3½	156½ bz.
Oberschles. B.	7 1/15	3½	136½ bz.
dito C.	7 1/15	3½	156½ bz.
dito Prior A.	—	4	— — —
dito Prior B.	—	3½	83½ bz.
dito Prior C.	—	4	— — —
dito Prior D.	—	4	97 bz.
dito Prior E.	—	3½	83¼ G.
dito Prior F.	—	4½	102 bz.
Oppeln-Tarnow.	1	4	48⅞ bz.
Prinz-W. (St.-V.)	½	4	60 B.
Rheinische	5	4	94½ bz.
dito (St.) Pr.	—	4	102 B.
dito Prior.	—	4	93¾ bz.
dito III. Em.	—	4½	99¼ bz.
Rhein-Nahebahn	—	4	30⅜ B.
Ruhrort-Crefeld.	3 1/12	3½	91¾ B.
Starg.-Posener	4	3½	102 bz
Thüringer	6⅞	4	122 G. Verk. fehl.
Wilhelms-Bahn	—	4	56 bz.
dito Prior.	—	4	92¼ B.
dito III. Em.	—	4½	— — —
dito Prior St.	—	4½	93¼ B.
dito dito	—	5	96⅝ bz.

Preuss. und ausl. Bank-Actien.

	Div. 1861	Z.-F.	
Berl. K.-Verein	5 11/12	4	115¾ G.
Berl.-Hand.-Ges.	5	4	94 bz.
Berl. W.-Cred.-G.	—	5	— — —
Braunschw. Bank	4	4	81¼ B.
Bremer „	5½	4	104 B.
Coburg. Credit-A.	3	4	74 G.
Darmst. Zettel-B.	8¼	4	100 etw. bz u.G.
Darmst. Credb.-A.	5	4	[illegible]8 bz.u G.
Dess. Creditb.-A.	—	4	5 bz.
Disc.-Cm.-Anthl.	6	4	97¾ bz.u G.
Genf. Creditb.-A.	2	4	48⅞ bz.
Geraer Bank	5¾	4	92½ bz u.G.
Hamb. Nrd. Bank	5	4	96¾ B
„ Ver. „	5 1/15	4	101⅛ G.
Hannov. „	4⅛	4	99 G.
Leipziger „	3	4	77¾ etw bz.
Luxembrg. „	10	4	99½ G
Magd. Priv. „	4 1/15	4	89½ G
Mein.-Creditb.-A.	6	4	91¼ bz u.G.
Minerva-Bwg.-A.	—	5	34¼ bz.
Oester. Crdtb.-A.	7¾	5	85¼ bz.
Pos. Prov.-Bank	5 11/12	4	97½ G.
Preuss. B.-Anthl	4 1/15	4½	123½ etw. bz.u.G.
Schl. Bank-Ver.	6	4	98 etw. bz.
Thüringer Bank	2¾	4	60 B.
Weimar. Bank	4	4	82 bz.

Wechsel-Course.

Amsterdam	10 T.	143⅝ bz.
dito	2 M.	142⅝ bz.
Hamburg	8 T.	152 bz
dito	2 M.	151¼ bz.
London	3 M.	6. 22⅛ bz
Paris	2 M.	80⅙ G.
Wien österr. Währ.	8 T.	80 bz.
dito	2 M.	78¼ bz.
Augsburg	2 M.	56. 26 bz.
Leipzig	8 T.	99⅝ G.
dito	2 M.	98⅓ G.
Frankfurt a. M.	2 M.	56. 28 G
Petersburg	3 W.	97 bz. 3 M. 96¼ bz.
Warschau	8 T.	87¼ bz.
Bremen	8 T.	109¾ bz.

*) Sollte im gestrigen Bericht heissen: 64½ à 65 bz. u. B.

✠ **Breslau,** 25. Juli. Wetter: schön. Thermometer Früh 11° Wärme. Die schwachen Angebote waren heut stärker als die Nachfrage für Getreide, der Umsatz wenig belangreich.

Weizen in feinster Waare höher bezahlt; pr. 85pfd. weißer 78—93 Sgr., gelber 78—92 Sgr. — Roggen in matter Stimmung; pr. 84pfd. 59—61—63—65 Sgr., vereinzelt über Notiz bezahlt. — Gerste unverändert; pr. 70pfd. weiße 41—42 Sgr. — Hafer behauptet; pr. 50pfd. schlesischer 27½—28½ Sgr. — Erbsen und Wicken wenig Frage. — Rapskuchen 53—54 Sgr. — Für Oelsaaten war wenig Kauflust, Preise kaum behauptet. — Schlaglein wenig angeboten.

	Sgr.pr.Schff.		Sgr.pr.Schff.
Weißer Weizen	80—86—93	Erbsen	50—54—57
Gelber Weizen	80—86—92	Wicken	38—41—44
Geringer u. blauspitziger	70—75—82		Sgr. pr. Sack à 150 Pfd. Brutto.
Roggen	59—63—65	Schlag-Leinsaat	160—185—210
Gerste	40—42—44	Winter-Raps	180—208—238
Hafer	24—27—30	Winter-Rübsen	208—224—236

Kleesaat schwaches Geschäft, rothe 8½—10½—12—14 Thlr., weiße 9—12—15—17½ Thlr., neue Waare 15—20 Thlr.

Thymothee 6—8½ Thlr. pr. Ctr.

Kartoffeln pr. Sack à 150 Pfd. netto 22—25 Sgr.

Vor der Börse.

Rohes Rüböl matt, pr. Ctr. loco 13¾ Thlr., Termine 13⅜ Thlr. — Spiritus pr. 100 Quart à 80 % Tralles loco 18⅚ Thlr. Geld, Sommermonate 18¾ Thlr., Herbst 18½ Thlr. Geld.

Telegraphische Depesche.

Paris, 24. Juli, Abends. Die „Patrie" meldet: Es wird versichert, daß Garibaldi entschlossen ist, mit 6000 Volontairs an der römischen Küste zu landen. Sechs französische Schiffe sind abgeschickt worden, um die Landung zu verhindern.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein in Breslau.
Druck von Graß, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.